

Schutz vor sexualisierter Gewalt

- **Steigende Fallzahlen**
- **Fehlende Therapieplätze**

Wie können Kinder und Jugendliche vor sexualisierter Gewalt geschützt werden? Wie arbeiten Beratungsstellen und was empfehlen sie im Umgang mit Verdachtsmomenten? Wie und wo kann die Polizei hilfreich intervenieren? Über diese und weitere Fragen diskutierten Fachleute im Rahmen der „Anstöße“ im evangelischen Gemeindehaus Donaueschingen unter der Leitung von Andreas Menge-Altenburger, Leiter des Katholischen Bildungswerkes.

Angela Donno, Sozialpädagogin und Geschäftsführerin der „Grauzone“, berichtete von ihrer Arbeit zusammen mit drei hauptamtlichen und zahlreichen ehrenamtlichen Kräften. Die Arbeit verlange viel Einfühlungsvermögen und Fingerspitzengefühl, da ca. 90 % der Missbrauchsfälle im Familien- oder Bekanntenkreis stattfänden, was die Kinder häufig in Loyalitätskonflikte bringe. Prophylaktisch sollten die Kinder und Jugendlichen dazu gebracht werden, ihrem Gefühl zu vertrauen, sich Hilfe zu holen und ihre Ich-Stärke zu entwickeln. Dafür biete die „Grauzone“ zahlreiche Projekte an. Leider gebe es jedoch nicht genügend Therapieplätze, so dass betroffene Jugendliche oft lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssten.

Sascha Nowara, Bezirks- und Landesjugendreferent der Ev. Kirche Baden, berichtete von seiner Arbeit vorwiegend mit Vereinen, bei der er z.B. Jugendleiter oder Trainer von Jugendmannschaften im Umgang mit ihren Schutzbefohlenen berät. Schwierig ist oft, die gewünschte persönliche Nähe mit den Grundsätzen des Selbstschutzes zu vereinbaren. Die badische Landeskirche habe in diesem Zusammenhang 2014 ein Schutzkonzept entworfen, in dessen Rahmen Betreuer von Jugendgruppen sich zu einem bestimmten Verhaltenskodex verpflichten müssen.

Die Perspektive der Polizeiarbeit brachte Marion Hartwich, Opferschutzbeauftragte im Kriminalkommissariat Villingen-Schwenningen, ein. Sie verwies darauf, dass die Fälle von Sexualdelikten u.v.a. die Erstellung und Verbreitung von kinderpornographischen Darstellungen exorbitant angestiegen sind, in Baden-Württemberg zwischen 2017 und 2021 von 624 auf 4.800 Fälle jährlich. Besonders problematisch sei, dass die Anfertigung und Weitergabe von Dateien sehr oft durch Kinder und Jugendliche selbst erfolgten. Hier sei mehr Aufklärung gefordert. Schwierig sei es zudem, die Aussagen der Betroffenen zu hinterfragen. Ansonsten versuche man durch modifizierte Vernehmungsmethoden mehrmalige Aussagen betroffener Kinder vor Gericht zu vermeiden.

Ihre Arbeit beginne eigentlich erst dann, wenn es zu spät ist, bedauert die Fachärztin für Kinder und Jugendpsychiatrie, Dr. Hege Maria Verweyen. Prävention sei das Allerwichtigste. Mit Traumatherapien in geschützten Räumen könne man versuchen, den Opfern zu helfen, aber oft begleiteten Missbrauchserfahrungen die Menschen ein ganzes Leben lang.

Zum Schluss weist Frau Donno darauf hin, dass bei den meisten Menschen die Tendenz besteht, im Zweifelsfall eher ein Missbrauchsoffer seinem Schicksal zu überlassen als

einem womöglich unbegründeten Verdacht nachzugehen. Diese Haltung müsse sich ändern!



vlr: Andreas Menge-Altenburger, Angela Donno, Sascha Novara, Marion Hartwich, Dr. Hege Maria Verweyen. Bild: Bernd Heinowski